WORPSWEDE

Familie droht nach 14 Jahren die Abschiebung

Bürger setzen sich mit einer Petition für das Bleiberecht ein / Flüchtlinge aus dem Kosovo möchten Hüttenbusch nicht verlassen

Von unserem Mitarbeiter
Philipp Eitmann

WORPSWEDE-HÜTTENBUSCH. Torsten Böger ist verärgert: „Ich fühle mich an Zeiten erinnert, die wir eigentlich vergessen wollten. Es werden nur Fälle gesehen, nie die Menschen dahinter.“ Der Hausarzt behandelt seit mehreren Jahren eine Flüchtlingsfamilie aus dem Kosovo. Die Mutter leidet an einer Depression. Sie ist mit den Nerven am Ende, seitdem sie weiß, dass ihrer Familie die Abschiebung droht.

Emin und Sanije Goza leben seit 1992 in Hüttenbusch. Mit Beginn des Balkankrieges sind sie zusammen mit ihrer damals sechs Monate alten Tochter als Flüchtlinge nach Deutschland gekommen. 14 Jahre sind seither vergangen. In der Zwischenzeit haben sie zwei weitere Kinder bekommen und sich in Deutschland eingelebt.

In ihrer Heimat gehört die Familie zur ethnischen Minderheit der Ashkali. Eine Volksgruppe, die während des Balkankrieges unter zum Teil massiven Menschenrechtsverletzungen leiden musste. Nach der Ankunft in Deutschland 1992 haben die Gozas Asyl beantragt. Aber die Verhandlungen mit Behörden und Ämtern zogen sich in die Länge. Erst im Jahr 2000 fällte das Bundesverwaltungsgericht ein klares Urteil, indem es den Asylantrag endgültig ablehnte. Auch Bemühungen um eine Aufenthaltsgenehmigung waren vergebens. Die Abschiebung schien unausweichlich.

Dann aber brachen in ihrer Heimat Unruhen aus. Ein bundesweiter Abschiebestopp für Flüchtlinge in den Kosovo wurde verhängt. Seit 2005 jedoch starten die Flugzeuge Richtung Balkan wieder. „Vor zwei Jahren sind wir aufgefordert worden, Deutschland freiwillig zu verlassen“, erzählt Emin Goza. Aber seine Familie wollte nicht. „Im Kosovo sind wir verloren.“ Nach 14 Jahren Aufenthalt fühlt sich das Ehepaar Deutschland verbunden. Beide haben die Sprache gelernt und helfen in der Gemeinde mit. Alle drei Kinder sind in Deutschland aufgewachsen und besuchen in Worpswede die Schule. Eine Arbeitsgenehmigung haben sie nicht erhalten. Dafür Unterstützung vom Staat, für die sie sich nun erkenntlich zeigen möchten. „Wir wollen hier arbeiten und leben“, sagen sie.

Mit der Aufforderung, das Land zu verlassen, wuchs die Verzweiflung. Aber die Familie blieb in Worpswede. Vor einigen Wochen lag ein Schreiben im Briefkasten. Absender war die Ausländerbehörde Osterholz. Seither warten die Gozas auf ihre Zwangsabschiebung. Ein Termin wurde ihnen nicht genannt. Die Fluchtgefahr sei wohl zu groß, meint Emin Goza. „Wir haben Angst, weil die Polizei jederzeit vor unserer Tür stehen kann.“ „Mit einer Petition haben wir versucht, das Unheil abzuwenden“, sagt Claudia Kück. Zusammen mit vielen anderen Bürgern unterstützt sie die Flüchtlingsfamilie und macht sich für eine Aufenthaltsgenehmigung stark - bisher vergebens. Auch die Ärzte, bei denen Frau Goza wegen ihrer Depression in Behandlung ist, sprechen sich für ein Bleiberecht aus.

Familie Goza möchte in Deutschland bleiben. 1992 sind sie vor dem Krieg im Kosovo geflohen. Die drei Kinder sind in Hüttenbusch aufgewachsen und besuchen dort die Schule. Nun droht ihnen die Zwangsabschiebung. EIT-F0T0:PHILIPP EITMANN

„ Die Gozas sind in meinen Augen eine absolute Vorzeigefamilie“, meint Hausarzt Torsten Böger. „Ich kenne keine andere Familie, die aus dem Ausland nach Deutschland gekommen ist und so gut integriert ist.“ Seiner Ansicht nach erlaube der psychische Zustand der Mutter ohnehin keine Ausweisung in ihre alte Heimat. „Nach meinem Dafürhalten würde man die Familie in den Untergang schicken.“ Der gleichen Meinung ist auch Dr. Wolf-Peter Schmidt: „Ich denke nicht, dass der Zustand von Frau Goza eine Abschiebung erlaubt.“

Eine Untersuchung des Gesundheitsamtes habe jedoch eine andere Diagnose ergeben, meint Richard Eckermann, Dezernent für Ordnung, Bau und Umwelt im Landkreis Osterholz. Danach sei die Abschiebung möglich - sofern sichergestellt ist, dass Mediziner die erkrankte Mutter auf der Reise begleiten. Auch könne man nicht mehr von einer Gefahr für die Familie durch die Verfolgung anderer ethnischer Gruppen ausgehen. „ Die Situation ist bedauerlich“, sagt Richard Eckermann, „aber die Familie kann nur in Deutschland bleiben, wenn sie asylberechtigt wäre.“

Amnesty International hingegen warnt vor einer Abschiebung von ethnischen Minderheiten wie den Ashkali, denen die Gozas angehören. Im April wandte sich die Menschenrechtsorganisation in einem Brief an den Innenminister. Demnach sei die Menschenrechtslage für Flüchtlinge weiterhin prekär. Die Schutzbedürftigkeit, insbesondere auch von Angehörigen der Ashkali, stehe keinesfalls in Frage. Zudem bezweifelt die Organisation, dass eine medizinische Versorgung von psychisch erkrankten vor Ort gewährleistet ist. Auf diese sei Frau Goza jedoch zwingend angewiesen, meint Torsten Böger.

Den Gozas bleibt nur die Flucht nach vorn. Mit einem Eilantrag versuchen sie nun selbst, gegen ihre Abschiebung vorzugehen. Das Ziel: eine vorläufige Duldung. Sollte der Antrag abgelehnt werden, wird die Luft dünn für die Familie. Dann müssen sie zurück in ihre alte Heimat. In ein Land, dessen Sprache ihre Kinder kaum sprechen und das ihnen fremd geworden ist.